

**Antragstitel: Eigentum ermöglichen – Grunderwerbsteuer senken**

---

Nach Überzeugung der FDP ist Wohneigentum in der Hand von natürlichen Personen ein wesentlicher Baustein für eine gute Altersversorgung der Bevölkerung und damit förderungswürdig. Ein im Laufe des Erwerbslebens abbezahlter, der Eigennutzung dienender Wohnimmobilienbesitz trägt dazu bei, die Kosten für das Wohnen im Alter kalkulierbarer zu machen und einer eventuell in dieser Lebensphase drohenden Abhängigkeit von staatlichen Unterstützungsleistungen entgegen zu wirken. Zudem bedeutet ein Eigenheim gerade für Familien auch ein großes Stück Planungssicherheit, womit es zu einem gelingenden Familienleben einen wichtigen Beitrag leisten kann.

Die FDP hält es daher für geboten, die Bürgerinnen und Bürger und insbesondere junge Familien bei der Schaffung von angemessenem Wohneigentum zu unterstützen.

Die Einführung eines Freibetrags für den Kauf von selbst genutzten Wohnimmobilie wäre die wirksamste und effizienteste Maßnahme, um gezielt etwa junge Familien beim Erwerb von Eigentum zu unterstützen.

Die Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer ist daher ein wichtiges Mittel, um Bürgerinnen und Bürger beim Erwerb einer Wohnimmobilie zu entlasten und soll auf allen politischen und institutionellen Ebenen verfolgt werden.

Mit einer Bundesratsinitiative hat Nordrhein-Westfalen bereits einen wichtigen Schritt zur Einführung eines Freibetrags unternommen. Als FDP fordern wir von allen Bundesländern und insbesondere von den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD im Bundestag Unterstützung für die Initiative, sodass die Einführung eines Freibetrags zügig umgesetzt werden kann.

Sollte durch mögliche Blockaden der anderen Länder oder des Bundes diese zielgerichtete Entlastung der Bürgerinnen und Bürger insbesondere junger Familien beim Erwerb von selbstgenutztem Wohneigentum nicht möglich sein, müssen andere Entlastungsmaßnahmen erfolgen. Deshalb setzt sich die FDP NRW für eine Senkung des Grunderwerbsteuersatzes in Nordrhein-Westfalen in dieser Legislaturperiode ein, sofern die Einführung eines Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer für den Erwerb selbstgenutzter Immobilien scheitern sollte.“

Die FDP NRW setzt sich gegen Gestaltungsmodelle ein, die einzig der Vermeidung der Grunderwerbsteuer dienen.